



Hans-Jürgen Urban: Weil das jetzt zählt – IGM-Aktionstag
Joachim Beerhorst: Oskar Negt als Impulsgeber

Beiträge u.a. von Ulrike Eifler, Klaus Dörre, Knut Lambertin, B. Müller, J. Bischoff, Frank Deppe, K. Bullan, W. Frede/G. Weiß, Jörg Deml/Christoph Lieber

**Forum
Gewerkschaften**

Klima? Kein Thema mehr!

Man sehe nur mal zum Fenster raus: Schöneres Frühlingswetter in Deutschland geht doch gar nicht!



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de. Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter www.Sozialismus.de. Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf

www.Sozialismus.de

Massive Proteste in der Türkei

In der Türkei haben erneut sehr viele Menschen gegen die erfolgte Festnahme des Oppositionspolitikers Ekrem İmamoğlu protestiert. Der türkische Präsident Erdoğan hatte seinen ärgsten politischen Widersacher festnehmen lassen. [...]

Handeln würde sich lohnen – verweigern würde teuer!

Angesichts der alarmierenden Warnungen von Expert*innen über die Auswirkungen des Klimawandels, die in den jüngsten Studien der Boston Consulting Group (BCG) und der Universität Cambridge dargelegt wurden, stellt sich die Dringlichkeit, mit der klimabezogene Investitionen getroffen werden müssen, als immer drängender heraus. [...]

Aufrüstung durch Grundgesetzänderung

Manchmal zweifelt man am eigenen Verstand oder am Verstand der anderen. Was kaum verständlich ist, sind die Grundgesetz-Änderungen, auf die sich CDU/SPD/Grüne in aller Eile geeinigt haben. Es handelt es sich nicht um eine Verordnung über die Eiergröße, sondern um eine Änderung der Verfassung. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und
Leser:innen das konkret machen
könnten, steht ebenfalls unter

www.Sozialismus.de

Berliner Schuldenrepublik und linker Aufwind

Redaktion Sozialismus.de: Ein deutscher »Marshall-Plan«?	2
Klaus Dörre: Die Linke im Aufwind Gründe für ihren wahlpolitischen Erfolg	6
Knut Lambertin: SPD – Wiedereinzug der Klassenfrage Nach dem Wahldebakel: Die Parteilinke der SPD	10
Bernhard Müller: Soziale Spaltungen als Ursachen für politische Unsicherheit	13

Amerikas »Goldenes Zeitalters«?

Joachim Bischoff: Rückkehr des US-Wohlstands mit Trump?	19
Gerd Siebecke: Trumps »Mitarbeiter« Elon Musk Die Rolle der US-Tech-Milliardäre	24

Zeitenwenden 2.0

Frank Deppe: Von der Zeitenwende zum Epochenbruch	30
Klaus Bullan: Von Berlusconi zu Meloni Wie rechter Populismus entsteht und mehrheitsfähig wird	36
Wolfgang Frede/Gerhard Weiß: Klimapolitik und Militarismus	41

Forum Gewerkschaften

Hans-Jürgen Urban: Weil das jetzt zählt Der Aktionstag der IG Metall	47
Ulrike Eifler: Gewerkschaften in der Zeitenwende Keine Unterordnung unter das Primat der Sicherheitspolitik	50
Joachim Beerhorst: »Nur noch Utopien sind realistisch« Oskar Negt als Impulsgeber für die Gewerkschaften	54

Rezension

Jörg Deml/Christoph Lieber: Marxismus ohne Wert? Die »Edition Marxismen«	60
---	----

Veranstaltungen | Impressum | Film

Impressum	63
Veranstaltungen & Tipps	64
Max Lill: A Complete Unknown (Filmkritik)	65

Trumps »Mitarbeiter« Elon Musk

Die Rolle der US-Tech-Milliardäre

von ■ Gerd Siebecke

US-Präsident Donald Trump hebt seinen Berater Elon Musk im Kongress und Kabinett mehrfach hervor. Schon auf der Wahlparty der Republikaner verkündete Trump nicht nur ein »goldenes Zeitalter« für Amerika, sondern erklärte beim Dank seiner engsten Unterstützer: »Wir haben einen neuen Star, Elon!«

Musk war im Wahlkampf einer von Trumps zahlungskräftigsten Unterstützern, spendete über 250 Mio. US-Dollar. Und nun steht er ihm als Berater zur Seite, soll die Regierung und die Administration auf Effizienz trimmen. Er taxierte vor Beginn seines Einsatzes das Sparpotenzial auf zwei Bio. US-Dollar. Der Tech-Milliardär – er verfügt über ein Vermögen von über 300 Mrd. US-Dollar und ist damit der reichste Mensch der Welt – steht für die Entbürokratisierung und Redimensionierung der Administration mit der umstrittenen Regierungsabteilung für staatliche Effizienz (DOGE – Department of Government Efficiency).

Deren Arbeit hält er für essenziell: »Wenn wir dies nicht tun, gehen die USA bankrott.« Durch Entbürokratisierung und Verringerung von unproduktiven Tätigkeiten sei eine Absenkung der Staatsaufgaben zu erreichen. Seine eigene Aufgabe umriss er mit den Worten: »einfacher technischer Unterstützer« der Regierung. Als »besonderer Regierungsmitarbeiter« mit einer befristeten Tätigkeit von höchstens 130 Tagen im Jahr, leitet er kein Ministerium, auch wenn der Behördenname DOGE das suggeriert. Das Büro ist in der Präsidenten-Bürokratie angesiedelt (wir kommen auf Details und Musks Rolle später noch einmal zurück). Barack Obama rief einst den United States Digital Service ins Leben, um technologische Innovationen in die Verwaltung zu bringen. Diesen hat Trump umbenannt und das Mandat erweitert, um Modernisierungs-, Effizienzsteigerungs- und Einsparpotenziale aufzudecken.



Foto: dpa/picture alliance

Mit seiner finanziellen sowie medialen Macht beeinflusst Musk in erheblichem Ausmaß den öffentlichen politischen Diskurs weltweit. Dass der reichste Mann der Welt offiziell in der amerikanischen Politik mitmisch, ist geopolitisch und ökonomisch brisant. Über seine Firmen Tesla, SpaceX, Starlink und X (ehemals Twitter) steht Musk für das moderne Gesicht der Finanzoligarchie, eine Allianz bestehend aus Investmentbanken, Hedgefonds, Schattenbanken, Ratingagenturen und weiteren Akteuren in Kombination mit moderner Technologie im Übergang von der fossilen Betriebsweise zu einem klimafreundlichen und digital vernetzten kapitalistischen Produktionssystem. Steuern wir also auf ein US-Zeitalter des »Crony-capitalism«¹ zu?

Musk gehört zu den IT- und Tech-Milliardären wie Mark Zuckerberg (Meta) und Jeff Bezos (Amazon). Die amerikanische Technologie-Elite stellte sich im Verlaufe des Wahlkampfes nahezu geschlossen hinter den neuen US-Präsidenten² und lässt sich die Nähe zu diesem einiges kosten. Zahlreiche Unternehmen spendeten eine Mio. US-Dollar oder mehr für dessen Inaugurationsfeier. Joe Biden warnte in seiner Abschiedsrede vor einer »gefährliche Machtkonzentration [...] Heute zeichnet sich in Amerika eine Oligarchie von extremem Reichtum, Macht und Einfluss ab«, die die Demokratie, Grundrechte, Freiheiten und »die faire Chance für alle, voranzukommen« bedrohe.

In den USA geht die Furcht um, es könnte ein neues Zeitalter des »Crony-capitalism« anbrechen. Damit ist ein System gemeint, in dem Akteure mit guten Verbindungen zur Politik wirtschaftliche Vorteile für sich herauschlagen können. Zu denen gehört zuallererst Musk als mittlerweile einer der wichtigsten Berater von Trump, der bei seinen Sparvorschlägen auch Behörden in den Blick nimmt, die gegen ihn und seine Unternehmen ermitteln – so etwa die Börsenaufsicht SEC, die ihm vorgeworfen hat, Anleger 2022 beim Kauf von Twitter hinters Licht geführt zu haben.

Finanziell lohnte sich der Einsatz für Musk zunächst: Seit dem Wahltag hatte sich der Börsenwert der Tesla-Aktien zunächst fast verdoppelt. Die Märkte gingen davon aus, dass sich seine Nähe zu Trump für den Konzern bezahlt machen werde. Inzwischen allerdings haben die Tesla-Aktien ihren Wertzuwachs wieder komplett eingebüßt. Das Vertrauen sowohl von Verbraucher*innen als auch von Investoren hat deutlich nachgelassen.

Aufgewertete Lobbyisten

In den kommenden Jahren werden Lobbyisten insgesamt die Türen im Weißen Haus einrennen. Trumps Drohungen, Länder oder gar einzelne Firmen mit Einfuhrzöllen zu bestrafen, wenn sie sich seinen Wünschen nicht fügen, machen es wichtiger, in seiner Gunst zu stehen. Der Traktorbauer John Deere hatte bereits im September den Zorn des Republikaners auf sich gezogen, als er ankündigte, einen Teil seiner Produktion nach Mexiko zu verlagern. Trump drohte mit einem Einfuhrzoll von 200%, sollte das Unternehmen nicht von den Plänen abrücken. Maßgeschneiderte Einfuhrzölle sind heikel und je mehr die US-Regierung solche Maßnahmen verfolgt, desto mehr schafft sie ein Terrain für Lobbyisten, die Sonderbehandlungen herauschla-

gen wollen und desto größer ist die Gefahr, dass in Amerika die Günstlingswirtschaft zunimmt.

Die US-Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff³ ist eine scharfe Kritikerin dieser Transformation des Kapitalismus. Tech-Konzerne wie Google hätten den digitalen Raum gefüllt und nicht die Politik, um Demokratie oder Institutionen zu stärken. Trump bereitet in seiner zweiten Amtsperiode einen weit radikaleren Eingriff in das Welthandelssystem vor, wie Stephen Miran, vom Präsidenten zum Vorsitzenden des Council of Economic Advisers (CEA) nominiert, es in einem »Leitfaden zur Umstrukturierung des globalen Handelssystems« formuliert: »Der Wunsch, das globale Handelssystem zu reformieren und die amerikanische Industrie gegenüber dem Rest der Welt fairer zu machen, ist seit Jahrzehnten ein ständiges Thema für Präsident Trump. Wir stehen möglicherweise an der Schwelle zu einem Generationswechsel im internationalen Handels- und Finanzsystem.«

Die Vermutung, dass sich der »Crony capitalism« auszahlt, beruht nicht auf grauer Theorie. Schon während Trumps erster Amtszeit lohnte es sich für Lobbyisten, gute Beziehungen zu ihm und seiner Partei zu haben. So führte er 2018 umfangreiche Zölle für Warenimporte aus China ein. Zugleich konnten Firmen Ausnahmen beantragen, wenn dies im »amerikanischen Interesse« war. Insgesamt gewährten die Behörden rund 1.000 solcher Ausnahmen, vor allem profitierten davon Firmen, die im Wahlkampf 2016 für die Republikanische Partei gespendet hatten, während Unternehmen, die für die Demokraten spendeten, benachteiligt wurden.

Auch jetzt können angestrebte Vorteile Subventionen, Staatsaufträge, Lizenzen oder eine vorteilhafte Regulierung bedeuten. Die ökonomische Forschung zeigt: Wenn sich in einem Land Günstlingswirtschaft und »Rent-Seeking« ausbreiten, verzerrt dies die Wertschöpfung, es kommt zur Verschwendung von Ressourcen. Firmen und Branchenlobbys wenden viel Zeit und Energie auf, sich das Wohlwollen der Politik zu sichern, statt sich um ihre Kernaufgabe zu kümmern: auf dem Markt mit guten Produkten erfolgreich zu sein. Zudem leidet die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, denn es gewinnen nicht die Besten, sondern jene mit den besten Beziehungen zur Politik.

Nicht in allen Ländern sind Günstlingswirtschaft und »Rent-Seeking« gleich ausgeprägt. Die Gefahr ist umso größer, je wichtiger der öffentliche Sektor ist. Besonders anfällig sind Dikta-

Gerd Siebecke ist Redakteur von Sozialismus.de.

¹ Vgl. ausführlich zu der Trump-Koalition und ihren Financiers: Margit Mayer, Die USA am Vorabend einer neuen Ära, in: Prokla 218. S. 211f. Als Trump nach den Unruhen am 6. Januar 2021 für den Sturm aufs Capitol verantwortlich gemacht wurde, schien er ein politischer Paria zu sein. Dutzende von Großkonzernen versprachen öffentlich, ihre finanziellen Spenden an republikanische Kongressmitglieder einzufrieren. Sein Sieg über Kamala Harris bei den Wahlen am 5. November 2024 hat seine Negativbilanz scheinbar in den Augen der Reichen und Mächtigen gelöscht.

² Bei einer Pressekonferenz in Mar-a-Lago fasste Trump den Sinn der Besuche von Tim Cook (Apple), Sergey Brin (Mitbegründer von Google), und anderen Tech-Giganten unter dem Titel »Kapitulation« zusammen. Seit seiner Wiederwahl scheinen viele einflussreiche Menschen jeden Willen verloren zu haben, sich ihm entgegenzustellen, während er Amerika in eine Art von autoritärer Oligarchie verwandelt.

³ Siehe das ZDF-Interview vom 15.3.2025: Kritik an Trumps Tech-Allianz: »Sie können bestimmen, was Menschen denken«.

turen und Autokratien. Dort dominiert der Staatseinfluss, es fehlt die unabhängige Justiz und Presse etc. Zudem wollen sich politische Führer wirtschaftliche Vorteile verschaffen. In Demokratien haben Rent-Seeking-Operationen weniger Chancen. Regierungen können abgewählt werden, es gibt Checks and Balances. Zudem haben institutionelle Regeln und ordnungspolitische Prinzipien mehr Gewicht, auch wenn Lobbyisten und Interessengruppen dort ebenfalls politischen Einfluss nehmen.

Wie verbreitet Günstlingswirtschaft weltweit ist, hat »The Economist« in einem Index zu erfassen versucht. Zu staatsnahen Branchen zählt die Zeitschrift etwa den Rohstoffsektor, Rüstungsgüter, Infrastruktur, Versorgungsbetriebe, Chemie, Metallindustrie, Bauwirtschaft – und die Banken. Das Land mit der bedeutsamsten Ausprägung von Günstlingswirtschaft sei Russland. Die russische Wirtschaft sei stark vom Rohstoffsektor (Erdöl und Erdgas) geprägt und Wladimir Putin umgebe sich mit einer Oligarchie von Wirtschaftsmagnaten.

»Crony capitalism« in den USA und die Bedeutung der Tech-Milliardäre

Und wie steht es um die USA? In heiklen Branchen besitzen Milliardäre Vermögenswerte, die nur rund 2% der Wirtschaftsleistung ausmachen. Dass die amerikanische Wirtschaft enorm groß und breit diversifiziert ist, verringert die Anfälligkeit für »Crony capitalism«. Doch auch in den USA lauern Gefahren. Umstritten ist, ob man den Tech-Sektor, der in den letzten Jahren immer wichtiger geworden ist, als »anfällig« klassifizieren sollte. Einiges spricht dafür, denn es dominieren einzelne Firmen wie Google, Apple, Microsoft, Nvidia, Meta, Amazon und Tesla. Die haben starke Lobbyisten in Washington und auch in Brüssel, sie kämpfen gegen Kartellverfahren und für eine begrenzte Regulierung.

Es dürfte also kein Zufall sein, dass nun Tech-Milliardäre wie Zuckerberg, Bezos und Musk die Nähe zu Trump suchen. Hilfreich dürfte dabei sein, dass er ein offenes Ohr für ihre Anliegen hat. Und er hat wiederholt deutlich gemacht, dass er wenig von Regeln und Ordnungspolitik hält, stattdessen den Deal bevorzugt. In einer solchen Kultur gedeiht Günstlingswirtschaft grundsätzlich besser als mit einem Präsidenten, der institutionellen Regeln einen großen Wert beimisst, deshalb die Befürchtungen, dass sich in seiner zweiten Amtszeit die Tendenzen zur Herausbildung eines neuen »Crony capitalism« verstärken werden. Andererseits sind in den USA Checks and Balances traditionell stark verankert, sodass die Tendenzen in Richtung einer Deal-Ökonomie gebremst werden. Die amerikanische Wirtschaft ist so breit diversifiziert und dynamisch, dass eine moderate Zunahme des Filzes ihre Leistungsfähigkeit kaum reduzieren wird. Zudem könnte es weniger Spielräume für »Rent-Seeking« geben, wenn Trump seine Politik realisieren kann, den Staat zu verkleinern.

Gleichwohl birgt die Nähe der amerikanischen Tech-Milliardäre zu Trump, gepaart mit seiner Machtpolitik Risiken, denn nahezu die gesamte Welt ist stark von amerikanischer Software und Technologie abhängig. Das ermöglicht dem Präsidenten, diese als Druckmittel auch in seiner konsequenten Geopolitik der Stärke einzusetzen. Die Interessen der USA gehen über al-

les, selbst Kooperationen mit traditionellen Verbündeten wie Großbritannien oder Deutschland drohen zu zerbrechen. Trump zerstört mit seiner Politik die bisherige westliche Wertegemeinschaft und schwächt die regelbasierte Weltordnung.

Im Handelskrieg mit China spielt Technologie ebenfalls seit Jahren eine wichtige Rolle. Die USA haben Exportbeschränkungen für Chips erlassen und chinesische Technologie zum Beispiel von Huawei aus ihren Telekomnetzen verbannt. Künftig könnten die USA Beschränkungen auch für westliche Staaten erlassen und diese auf Onlinedienste ausdehnen. Auch Europa ist von zahlreichen Diensten der amerikanischen Tech-Unternehmen abhängig: E-Mail-Lösungen, Cloud-Dienstleistungen oder KI-Anwendungen. Als Folge davon nutzen Unternehmen und Behörden zunehmend Dienstleistungen, die in den Rechenzentren von Anbietern wie Google, Microsoft oder Amazon laufen und nicht mehr auf eigenen Servern. Das gibt den Tech-Firmen größere Macht.

Amerikanische Cybersicherheitsfirmen sind seit Jahren in der Ukraine aktiv. Zudem teilen amerikanische Behörden Informationen über das Vorgehen russischer Angreifer mit den dortigen Partnern. Dieses Engagement zurückzufahren oder einzustellen, hat Trump bereits praktiziert. Denkbar ist auch, dass er zukünftig IT-Sicherheits-Firmen anweist, ihre Erkenntnisse über Schwachstellen zurückzuhalten, damit Geheimdienste diese für eigene Angriffe verwenden können. Die USA engagieren sich außerdem stark bei der Bekämpfung krimineller Ransomware-Angriffe. Wie die Aktivitäten hier künftig aussehen werden, ist unklar. In einem schlechten Szenario wird Trump sich mit Putin darauf einigen, dass kriminelle Banden vor allem die USA vor Cyberangriffen verschonen sollen. Für den Rest der Welt brächte das eine Verschlechterung.

Ziehen sich die USA von internationalen Aktivitäten zurück, schadet das der Cybersicherheit weltweit. In einem solchen Szenario würde der internationale Informationsaustausch zurückgehen. Auf den sozialen Plattformen ist bereits ein Trend absehbar: keine Faktenprüfungen und weniger Moderation der Inhalte, was sie als »Free Speech« verkaufen. Damit folgen die Tech-Konzerne Trump, der Fakten selbst nicht besonders hoch gewichtet.

Wenn die amerikanischen Plattformen ihre Moderation zurückfahren, leidet darunter der Kampf gegen ausländische Beeinflussungsoperationen, insbesondere durch russische Akteure mit polarisierenden Narrativen und Falschinformationen. Das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen und in die Politik könnte weiter schwinden. Die Ära Trump 2.0 beschleunigt damit den Zerfall der liberalen Weltordnung weiter. Es zeichnet sich ab, dass die USA nicht mehr die Rolle des Hegemon im demokratischen Lager einnehmen wollen. Diese Entwicklung ist für Europa eine Herausforderung: ökonomisch, politisch, militärisch, aber auch technologisch. Die europäischen Länder werden sich zukünftig nicht mehr auf die USA als akzeptierte verlassen können.

Die Rolle von Elon Musk im Besonderen

Viele von Musks Kontakten zu Staats- und Regierungschefs stammen aus den Anfängen von Tesla. Der Autobauer hatte im Jahr 2012 mit dem Model S das erste serienmäßig produzierte batterieelektrische Fahrzeug auf dem Markt. Musk hält bei Tesla die Fäden in der Hand. Erst kürzlich stimmten die Aktionäre einer Bonuszahlung an ihn zu, die sich über zehn Jahre hinweg auf über 50 Mrd. US-Dollar beläuft. Auch im Verwaltungsrat baut er seine Macht aus.

Er wird regelmäßig von Wirtschaftsministern und Regierungschefs aus aller Welt umworben, in der Hoffnung, die nächste Tesla-Fabrik in ihrem Land anzusiedeln. Allein seit 2021 traf er sich mindestens 15-mal mit Staats- und Regierungschefs oder führenden Ministern, unter ihnen Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. Indiens Premierminister Narendra Modi warb auf seinen Wahlkampfveranstaltungen mit dem Bau einer neuen Gigafabrik in seinem Land. Und auch Olaf Scholz hielt bei der Einweihung der Gigafactory im brandenburgischen Grünheide eine Rede.

Selbst der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping nutzte Tesla für seinen Plan, China trotz amerikanischer Handelsrestriktionen zu einem führenden E-Auto-Hersteller zu machen. Er erlaubte Tesla als erstem ausländischem Autohersteller, die vollständige Kontrolle über seinen chinesischen Ableger zu behalten. 2019 begann Tesla in Shanghai Autos zu bauen. Fünf Jahre später hat sich allerdings das Blatt gewendet, inzwischen ist China bei der Herstellung batterieelektrischer Autos führend, BYD dominiert den heimischen Markt mit einem Anteil von über 35%, weit vor Tesla mit 6%. Dennoch ist das Land für Tesla der mit Abstand wichtigste Markt nach den USA.

Während China heute seine Führungsposition bei E-Autos auch ohne Musk behaupten könnte, kann Musk nicht ohne China. Ein Großteil seines Vermögens beruht auf Tesla-Aktien. Er ist deshalb um gute Beziehungen zu Peking bemüht, besucht immer wieder Regierungsvertreter. Trumps Vorgehen gegenüber China ist weniger diplomatisch. Bereits in seiner ersten Amtszeit begann er den Handelsstreit, den er in seiner zweiten Amtszeit mit Importzöllen fortführt. Nun könnte Peking darauf hoffen, dass Musk bei Trump für Chinas Interessen lobbyiert; weil der chinesische Markt für Tesla essenziell ist, könnte Xi Einfluss auf Musk nehmen. Das weiß auch der russische Präsident Putin, der den Tech-Milliardär darum gebeten haben soll, sein Satelliteninternet Starlink über Taiwan nicht zu aktivieren.

Starlink wird betrieben von Musks Firma SpaceX, die er im Jahr 2002 gründete. Diese produziert auch wiederverwendbare Raketen, die Raketenstarts deutlich günstiger machen und die Konkurrenz niederdrücken. Der ehemalige Nasa-Direktor Thomas Zurbuchen erklärte kürzlich, das verändere die gesamte Raumfahrt. Denn mit der Riesenrakete Starship sinken vor allem die Kosten für den Materialtransport in den Weltraum enorm und dürften die Kommerzialisierung des Weltraums befeuern. Auch mit seinen zweistufigen Falcon-9-Trägerraketen dominiert SpaceX die Raumfahrt. Für die Nasa bringt SpaceX Astronaut*innen zur Internationalen Raumstation und wieder zurück und soll zwei bemannte Mondmissionen durchführen.

Insgesamt bestehen zwischen Musk und der Nasa Verträge im Umfang von 11,8 Mrd. US-Dollar.

Für die Regierung von Joe Biden war SpaceX ebenfalls von Bedeutung. Für das US-Verteidigungsministerium errichtete das Unternehmen ein Netzwerk von Spionagesatelliten – auch für den Geheimdienst. Insgesamt beliefen sich die Verträge zwischen dem Pentagon und SpaceX auf 3,6 Mrd. US-Dollar. Mehrere Pentagon-Beamte äußerten gegenüber der »New York Times« Bedenken, dass SpaceX mithilfe dieser Regierungsaufträge zum Monopolisten werden könnte. Das würde die Abhängigkeit des Militärs und der Geheimdienste von Musk endgültig besiegeln – die Abhängigkeit von einem Unternehmer, dessen Handeln als erratisch gilt und der für rasch wechselnde Meinungen bekannt ist.

Geopolitisch besonders brisant ist der Zugang zu Staatsgeheimnissen, den Musk durch die Zusammenarbeit mit dem Pentagon und der Nasa erhält. Weitere Kunden von SpaceX sind etwa die europäische Raumfahrtbehörde ESA, der deutsche Auslandsnachrichtendienst oder die südkoreanische Armee. »Die ganze westliche Welt hängt von Elon Musks Raketen ab«, fasste der ESA-Chef Josef Aschbacher die Situation Anfang des Jahres zusammen.

Die meisten Raketenstarts führt SpaceX zum Auf- und Ausbau des Satelliteninternets Starlink durch, das sich um den gesamten Planeten zieht. Dank ihm hat theoretisch jeder, der über ein entsprechendes Terminal verfügt, Zugang zum Internet. Faktisch ist es Musk, der entscheidet, wo, für wen und wann die Satelliten Internet freischalten. Er besitzt 42% aller SpaceX-Aktien, kontrolliert aber 79% der Aktienstimmrechte.

Am deutlichsten zeigt sich diese Macht im Ukraine-Krieg. Zu Kriegsbeginn war Musk noch ein leidenschaftlicher Unterstützer von Wolodimir Selenskyj, schickte der ukrainischen Armee Tausende Starlink-Terminals, die für die militärische Kommunikation der Ukraine unentbehrlich sind. Im Herbst 2022 entschied Musk dann persönlich, dass das Internet über der Krim für die ukrainischen Streitkräfte nicht freigeschaltet wird und verhinderte so mindestens eine ukrainische Operation in dem Gebiet. Er wolle einen Atomkrieg verhindern, lautete seine Begründung. Zwei Jahre später sprach er sich offen gegen neue amerikanische Hilfgelder für die Ukraine aus, denn Putin werde diesen Krieg »in keinem verdammten Fall verlieren«. Er hat einen eigenen Friedensplan lanciert, der zahlreiche Forderungen des Kremls enthält.

Musks politische Kehrtwende in der Ukraine-Frage wurde mit Sicherheit auch in Taiwan registriert – dem er auf Putins Bitte hin Starlink gänzlich verwehren soll. Er zeigte Verständnis, denn China betrachte die Insel als integralen Bestandteil seines Landes, ähnlich wie die USA es etwa mit Hawaii hielten, so Musk. Gemäß der »New York Times« hatten zu einem früheren Zeitpunkt Verhandlungen zwischen Taiwan und Starlink stattgefunden. Mittlerweile hat Taiwan begonnen, ein eigenes Satelliteninternet zu entwickeln.

X und die politische Desinformation

Auch im Bereich der politischen Meinungsbildung spielt Musk seit dem Jahr 2022 eine wichtige Rolle, als er Twitter kaufte. Er nutzt die Plattform, die er in X umbenannt hat, um insbesondere seine Positionen zu verbreiten. Sein Kanal hat über 200 Millionen Follower. Zuweilen teilt er auch Beiträge, die direkt aus russischen Propagandafabriken stammen. Auf X bringt Musk neben seiner Unterstützung für Trump sein Wohlwollen gegenüber Politikern wie dem argentinischen Präsidenten Javier Milei zum Ausdruck. Oder er verbreitet seine Ansichten zur Geopolitik, wie den erwähnten »Friedensplan« für die Ukraine.

Zudem ist X längst zu einer Plattform für die Propaganda ausländischer Despoten und Diktatoren geworden. Forscher*innen und Medien enttarnen immer wieder große Bot-Netzwerke, die Falschinformationen verbreiten. Weil Musk Sicherheitsvorkehrungen und die Moderation der Beiträge deutlich heruntergefahren hat, ist es für Bots einfacher geworden, sich auf der Plattform auszubreiten. Auch das Monetarisierungssystem spielt dabei eine Rolle – und künstliche Intelligenz (KI). Verifizierte Nutzer*innen erhalten einen Teil der Werbeeinnahmen, die durch ihre Beiträge generiert werden. So ist es profitabel, sich ein blaues Verifikationshäkchen zu kaufen und es an ein großes Sprachmodell anzuhängen, das daraufhin unkontrolliert zu posten beginnt.

Musk will mit seiner KI auch große Player wie Open AI, Meta und Alphabet angreifen. In Memphis hat das Unternehmen das größte Datacenter der Welt gebaut. Der CEO des Chipherstellers Nvidia bezeichnete dieses jüngst als »schnellsten Supercomputer des Planeten«. Musk greift dafür auch auf Chips zurück, die eigentlich für Tesla gedacht waren. Künstliche Intelligenz, Raumfahrt, Satelliteninternet und E-Mobilität – alles Gründe für ihn, in der Weltpolitik wie auch in seiner Wahlheimat USA mitzumischen. Als Leiter der »Effizienzkommission« könnte er selbst gegen Regulierungen vorgehen, die seine eigenen Unternehmen wie Tesla, SpaceX und X betreffen.

Als Berater für staatliche Effizienz: es wird vor allem gekürzt

Der Präsident hatte Musk höchstselbst als Regierungsmitarbeiter und Berater für DOGE, der Regierungsabteilung für staatliche Effizienz, auf der ersten Kabinettsitzung in sein Amt eingeführt. Lange war unklar, wer die Effizienzbehörde tatsächlich leitet. Zuletzt hatte das Weiße Haus deutlich gemacht, dass dies die DOGE-Chefin Amy Gleason sei, nicht Elon Musk. Unbenommen davon setzt dieser dort einen radikalen Sparkurs durch. Dabei können schon mal lebenswichtige Programme von einem Tag auf den nächsten gestrichen werden. Mitunter merkt er selbst, dass er gelegentlich zu weit geht. So sei etwa für kurze Zeit auch die Ebola-Prävention gestrichen worden, verkündete er jüngst im US-Kabinett. Auch bei Einsparungen in der US-Entwicklungshilfebehörde USAID habe es »versehentlich« entsprechende Streichungen gegeben, erklärte Musk bei einem Treffen mit Trump und dessen Kabinett – sie seien jedoch »sofort« wieder in Kraft gesetzt worden, es habe »keine Unterbrechung« gegeben.

Von Trumps Plänen zum umfassenden Umbau des Staatsapparats war USAID besonders stark betroffen. Der US-Präsident behauptet, die Behörde, sei in der Vergangenheit von »einem Haufen radikaler Verrückter« geleitet worden, Musk nannte sie gar »ein Schlangennest radikal-linker Marxisten, die Amerika hassen«, und eine kriminelle Organisation. USAID zählt zu den größten Entwicklungsorganisationen weltweit und koordiniert zahlreiche Hilfsprojekte – von der Aids-Bekämpfung bis zum Wiederaufbau in Kriegsgebieten. In den betroffenen Ländern wächst die Sorge, dass der Wegfall dieser Unterstützung Zehntausende Menschen in existenzielle Not stürzen könnte, denn bei der Behörde sollen um die 1.600 Stellen in den USA gestrichen werden. Bereits im Januar hatte Trump deren Mittel für eine interne Überprüfung eingefroren. Kritiker werfen der Regierung und Musk vor, ohne klaren Plan vorzugehen und wahllos Mittel zu streichen. Es gebe keine durchdachte Strategie hinter den Einsparungen, sondern vielmehr eine hektische Umsetzung von Kürzungen ohne Rücksicht auf langfristige Folgen.

Trump hatte unmittelbar nach seiner Vereidigung per Dekret die US-Auslandshilfen für 90 Tage weitgehend eingefroren. Später genehmigte die Regierung einige Ausnahmen für humanitäre Hilfen. Zuletzt kündigte USAID die Entlassung oder Beurlaubung eines Großteils der Beschäftigten an, »zur Personalreduzierung« würden etwa 1.600 Beschäftigte in den USA entlassen. Alle anderen Beschäftigten weltweit werden demnach beurlaubt, bis auf wenige Ausnahmen. Das US-Außenministerium gab zudem die drastische Kürzung der Haushaltsmittel für Entwicklungshilfeprogramme im Ausland bekannt. Gut 5.800 Verträge mit einer Laufzeit von mehreren Jahren seien um 92% gekürzt worden, das entspreche einer Summe von rund 54 Mrd. US-Dollar (rund 52 Mrd. Euro). Die Kürzungen seien das Ergebnis eines von der USAID-Führung geleiteten Prozesses, der auch Mittel umfasse, die von Außenminister Marco Rubio persönlich überprüft worden seien. Die milliardenschweren Verträge seien als Teil der America-First-Politik zur Streichung ermittelt worden.

Dass externe Expert*innen in den Dienst der amerikanischen Regierung treten, ist durchaus üblich, denn gewählt sind nur der Präsident und die Mitglieder des Kongresses, nicht die Regierungsmitarbeiter*innen. Trump kann also Stellen in Ministerien und Behörden besetzen, zum Teil auch ohne Zustimmung des Senats. Aber er ist als Präsident für all das verantwortlich und setzt das politische System einem Stresstest aus, der nicht ohne Folgen für die Staatsbeschäftigten und andere Bürger*innen bleibt. Insofern ist Musks inoffizielles Regierungsamt alles andere als banal.

Zum einen dürfte dessen Erzählung von einem überbordenden Staatsapparat mit Sparmöglichkeiten von zig Milliarden US-Dollar bald einen Realitätscheck erleben. Zwar ist der Staat der größte Arbeitgeber der USA, doch trotz der gewachsenen Bevölkerung liegt die Zahl der zivilen Beschäftigten etwa auf dem Niveau der 1960er-Jahre. Zum anderen sind Interessenkonflikte programmiert, da Musks Unternehmen Regierungsaufträge und Rechtsstreitigkeiten mit Behörden haben. Auch die Bulldozer-Methoden, mit denen das DOGE-Team auf Daten verschiedener Ministerien und Behörden zugreift und die Administration Personal frei- und Zahlungen einstellt, sind bedenklich.

Die Börse und auch die Kunden mögen keine »Idiotenpolitik«

»Er opfert viel«, lobte Trump einst Musk und bezog sich dabei auf die Zeit, die dieser von seinen zahlreichen geschäftlichen Unternehmungen zu seiner Unterstützung abziehe. Inzwischen sieht es so aus, als müsse er sich diesen wieder stärker zuwenden. Zum einen gab es zuletzt Probleme mit den Raketen von Space X, vor allem aber hat sein Automobilunternehmen Tesla in Europa massive Absatzprobleme.

Während der Markt für Elektrofahrzeuge insgesamt im Wachsen begriffen ist, verzeichnet der US-Autobauer drastische Einbrüche. Laut dem Verband der europäischen Autohersteller (ACEA) stiegen die Verkäufe von batteriebetriebenen Autos im Januar um 34% im Vergleich zum Vorjahr. Davon konnte Tesla nicht profitieren – im Gegenteil brachen die Verkaufszahlen um 45% ein.

Besonders in Deutschland ist der Rückgang gravierend. Das Kraftfahrt-Bundesamt meldete bereits Anfang Februar einen Rückgang von mehr als 60%. In anderen europäischen Märkten zeigt sich ein ähnliches Bild. In Frankreich und Norwegen sind die Absätze zuletzt jeweils um mehr als ein Drittel gesunken, in Spanien sogar um mehr als 75%. Die Börse reagierte empfindlich auf solche Entwicklungen. Der Aktienkurs von Tesla rutschte unter eine Marktkapitalisierung von einer Billion US-Dollar, damit verlor das Unternehmen jene Kursgewinne, die es nach Trumps Sieg verzeichnet hatte. Die Umsatzeinbrüche hängen offenkundig maßgeblich mit Musks Verhalten zusammen. Der Investor Ross Gerber, der lange ein Fan von Tesla war, drückte es auf X so aus: »Die Börse mag keine Idiotenpolitik. So einfach

ist es.«. Denn mit seinen politischen Äußerungen und seinem öffentlichen Auftreten sorgte Musk zunehmend für Kontroversen.

Seine Nähe zu rechten und rechtsextremen Bewegungen schreckt offenbar zahlreiche potenzielle Käufer*innen ab, in Deutschland etwa stieß sein Werben für die rechtsextreme AfD auf massive Kritik. In anderen Ländern Europas wird sein Verhalten ähnlich kritisch gesehen. Und auch ein Auftritt nach der Amtseinführung Trumps, bei der er eine Geste machte, die an einen Hitlergruß erinnerte und die er mit der Bemerkung »Sooo langweilig« abtat, sorgte international für Entsetzen.

Der Konkurrenz spielen diese Entwicklungen in die Hände. Hersteller wie BMW oder Polestar profitieren von ehemaligen Tesla-Kund*innen, die gezielt nach Alternativen suchen. Polestars Deutschland-Chef Michael Lohscheller berichtete kürzlich von einem deutlichen Anstieg an Anfragen von Tesla-Besitzer*innen, die einen Markenwechsel in Erwägung ziehen. Eine Umfrage der niederländischen Nachrichtenplattform EenVandaag bestätigt das Unbehagen. Unter mehr als 400 befragten Teslafahrer*innen kam heraus, dass 31% entweder in Erwägung ziehen, ihr Auto zu verkaufen oder es bereits getan haben. Zudem gaben 40% an, sich unwohl dabei zu fühlen, Tesla zu fahren.

Auf der Seite der Investoren ignorieren das viele noch. Gleichwohl verkaufte der niederländische Pensionsfonds ABP, einer der größten in Europa, bereits im Januar sein gesamtes Tesla-Aktienpaket im Wert von rund 782 Mio. Euro. Und die deutsche Drogeriekette Rossmann hat bereits seit August 2024 neue Tesla-Modelle aus ihrem Dienstwagenprogramm ausgeschlossen. Auch ein deutscher Ökostromanbieter kündigte vor Kurzem an, Tesla-Fahrzeugen »den Stecker zu ziehen«, da Musks politische Haltung nicht mit den Unternehmenswerten vereinbar sei.

VSA: Zwischenrufe – 50 Jahre Bildungszentrum Sprockhövel

Die anlässlich 50 Jahre IG Metall Bildungsstätte Sprockhövel herausgegebenen Bände der Reihe ZWISCHENRUF, erschienen im Jahr 2022, sollen Impulse für die Gewerkschaftsarbeit geben, richten sich an Praktiker:innen der Bildungsarbeit und Aktive, sind gedacht als Hintergrundlektüre und für den Einsatz in der konkreten Bildungsarbeit.

Die Herausgeber*innen: Richard Rohnert leitet das IG Metall Bildungszentrum in Sprockhövel, Petra Wolfram arbeitete bis 2021 als Bildungsreferentin dort und Malte Müller ist Bildungsreferent in Sprockhövel.



Malte Müller/
Richard Rohnert/
Petra Wolfram (Hrsg.)
Jetzt erst Recht!
Spurensuche für eine
menschliche Gesellschaft
trotz Corona
ZWISCHENRUF 1
72 Seiten | € 7,00
ISBN 978-3-96488-128-1



Malte Müller/
Richard Rohnert/
Petra Wolfram (Hrsg.)
**Emanzipatorische
Bildungsarbeit**
Herausforderungen in
unsicheren Zeiten
ZWISCHENRUF 2
72 Seiten | € 7,00
ISBN 978-3-96488-129-8



Malte Müller/
Richard Rohnert/
Petra Wolfram (Hrsg.)
**Menschen für
Veränderungen gewinnen!**
ZWISCHENRUF 3
72 Seiten | € 7,00
ISBN 978-3-96488-130-4



Malte Müller/
Richard Rohnert/
Petra Wolfram (Hrsg.)
**Vorwärts und
nichts vergessen!**
Aus der Geschichte lernen
ZWISCHENRUF 4
80 Seiten | € 7,00
ISBN 978-3-96488-131-1

Im Buchhandel oder bei: VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte Buchprämie Russland Streik Luxemburg
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

